



**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses
am 30. September 2019**

im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Mitglieder des Verwaltungs-,
Schul- und Kulturausschusses:

Kreisräte/innen

Sczuka, Holzwarth, Mößner, Scheurer, Dr. Ulfert (CDU)

Hesky, Friedrich, Jasper, Scharmann (Freie Wähler)

Besa, Kowatsch, Härtner (GRÜNE)

Hestler, Kelemen, Klopfer (SPD)

Lenk, Oettinger (FDP-FW)

Throm, Lindenschmid (AfD)

Die stv. Ausschussmitglieder:

Reingruber (CDU)

Müller (Freie Wähler)

Wrobel (LINKE/ÖDP)

Wilhelm (Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)

Entschuldigte Ausschussmitglie-
der:

Wersch (CDU)

Häuser (Freie Wähler)

Dr. Borkowski (LINKE/ÖDP)

Klinghoffer (Wilhelm/Klinghoffer)

Ferner:

Erster Landesbeamter Dr. Zaar (Top 11)

Finanzdezernent Schäfer (Top 2)

Sozialdezernentin Böhm (Top 2)

Frau Kugler, Leiterin Amt für Finanzen (Top 4, 5.2, 6)

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe (Top 4, 5.2)

(Top 5.1)

Frau Lorenzen, Prokuristin der RMIM

Herr Dr. Vogt, Leiter Amt für Schulen, Bildung und

Kultur

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer:

Kreisoberamtsrat Hasert

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:16 Uhr

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

§ 1

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses Drucksache 2019/142

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Kreisrat Reinhold Sczuka wird zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden und Kreisrat Andreas Hesky zum 2. Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses gewählt.

Auszüge:

2 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

§ 2

Finanzzwischenbericht 2019

Drucksache 2019/026

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Schäfer, Dezernent für Finanzen, Personal und Beteiligungen, erläutert die Drucksache 2019/026 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel weist ergänzend zur Medizinkonzeption darauf hin, dass diese nun zum Tragen komme und das Defizit von 30 auf 15 Mio. Euro halbiert werden konnte, was noch einem Anteil am Kreisumlagehebesatz von 3 – 4 Punkten entspreche. Das Ziel seien 5 – 10 Mio. Euro, um vor allem die Städte und Gemeinden entlasten zu können. Das Ergebnis sei in diesem Jahr auch besonders gut, weil auch die Nachförderung der zunächst auf eigene Kosten finanzierten Betten erreicht worden sei.

Kreisrat Sczuka ist erfreut über den zweistelligen Millionenüberschuss und auch 2019 zeichne sich ein zweistelliger Betrag ab. Diese positiven Ergebnisse der vergangenen Jahre müssten in der Finanzierungsleitlinie berücksichtigt werden und auch im Haushalt 2020 ihren Niederschlag finden. Positiv anzumerken sei auch die neue Medizinkonzeption des Rems-Murr-Klinikums, welches aber immer noch Schulden und Personaldefizite aufweise. Er bitte zu beachten, dass sich abzeichnende Steuerrückgänge bei den Kommunen, sich auch auf die Kreisfinanzen auswirken. Das Defizit bei den Personalausgaben sei zwar betrüblich, zeige aber auch die Bemühungen der Verwaltung

Kreisrätin Müller hat eine Verständnisfrage zur Deckung der Mehrausgaben.

Kreisrat Lenk begrüßt die präsentierten, sehr positiven Ergebnisse. Wichtig für seine Fraktion sei, dass trotz der Überschüsse viele Maßnahmen im Kreis durchgeführt wurden und die Schulden um 30 Millionen Euro begrenzt werden konnten, vor Allem weil in der Vergangenheit eigentlich ein Anstieg prognostiziert worden sei. Auch die Rücklagen von 16 Millionen Euro seien ein gutes Funda-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

ment, um auch schwierige Phasen beruhigt angehen zu können. Die Personalbewirtschaftung sehe er auch eher positiv. Wenn sich die positive Entwicklung fortsetzen, sollte ein Teil der Überschüsse für die Schuldentilgung verwendet werden. Bei den Kliniken habe man viel erreicht, da das Land das Medizinkonzept akzeptiert habe.

Kreisrätin Besa anerkennt ebenfalls die positiven Veränderungen aus 2018 und in 2019. Wichtig sei, dass man den Schuldenabbau nicht vergesse und entsprechend dem Kreistagsbeschluss handle. Sie bedankt sich für das Bewerbermanagement, welches geschafft hat, die 40 offenen Stellen zu besetzen und fordert die Verwaltung auf, die Stellen besser zu bewerten. Zudem fragt sie, wie lange die 100 offenen Stellen im Durchschnitt unbesetzt seien und ob es langzeitfreie Stellen gibt.

Kreisrat Throm stellt ein Missverhältnis beim Anstieg der Zahlen aus der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen gegenüber dem Rückgang bei den Bedarfsgemeinschaften nach SGB II fest und bitte um Erläuterung. Im Hinblick auf die Mehrausgaben beim Personal sei es zwar erfreulich, dass Stellen besetzt werden konnten, er erinnere sich aber daran, dass in der Vergangenheit über Schwierigkeiten der schlechten Entlohnung im öffentlichen Dienst geklagt worden sei, was für ihn einen Widerspruch darstelle.

Kreisrat Hesky findet es gut, dass der Haushalt zu konsolidiert wurde ohne die befürchtete Verschlechterung bei sozialen Leistungen oder anderen Vorsorgeaufwendungen. Die Konsolidierung sei nicht allein durch die Landkreise, sondern auch durch die Mitfinanzierung der Kommunen entstanden. Wenn von den Finanzierungsleitlinien gesprochen werde und mit Blick auf die Entwicklung in 2018 und 2019, werde deutlich, dass die Finanzierungsleitlinie einen anderen Inhalt haben müsse als der bisherige Beschluss, Überschüsse ausschließlich für die Schuldentilgung zu verwenden. Das jetzige hohe Ergebnis basiere auf das Einpreisen der Risiken aufgrund der Vorfinanzierung durch die Städte und Gemeinden. Da die Risiken nicht eingetreten seien, müsse eine Antwort gefunden werden, wie auch die Kommunen entlastet werden könnten. Der 50 %/50 %-Schlüssel bei der Aufteilung der Überschüsse sei gut, die Frage sei aber trotzdem, wie die Verbesserungen der Vorjahre einkalkuliert würden. Die Freien Wähler hätten ferner darauf hingewiesen, dass der Kreis durch die Kreisumlage-Finanzierungsrechnungen in der Lage war, die Abschreibungen zu finanzieren, was auch über die Kreisumlage erfolgt sei. Bei den Kommunen sei dies ab 2020 nicht über-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

all der Fall.

Kreisrat Hestler erklärt, die Überlegung sei, ob man mit dem überschüssigen Geld die Schulden tilge, Investitionen tätige oder die die Kreisumlage senken sollte. Er bitte hierzu um ein Signal seitens der Verwaltung.

Landrat Dr. Sigel möchte einen Vorschlag machen, wie man mit sehr guten Ergebnissen umgehen werde. Gute Verbesserungen gab es auch bei den Einnahmen der Grunderwerbssteuer. Die Anschlussunterbringungen sei ein großer Streitpunkt mit dem Land, da man gemäß dem SGB keine Kostenerstattung bekomme. Bis jetzt gäbe es noch keine Einigung mit dem Land, wer die Kosten in Zukunft übernehmen wird. Es gäbe zwar überall freie Stellen, doch den Bewerbern fehlen meistens die Voraussetzungen, um diese Stellen zu besetzen. Im Moment zahle der Landkreis die Kosten und es gäbe zurzeit keine gesicherte Kostenerstattung in voller Höhe.

Frau Kugler antwortet Frau Müller, dass es sich um eine Mittelverschiebung handelt.

Frau Scholze erklärt, dass Stellen nur einen Monat aber auch ein Jahr unbesetzt bleiben können.

Landrat Dr. Sigel meint, es wäre abhängig von der Fluktuation und wie schnell man die Stellen ausschreibt. Die Stellenausschreibungen wurden um ein Drittel erhöht.

Frau Maier sagt, dass Stellen, die länger unbesetzt sind entweder weiterentwickelt oder gestrichen werden.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass es keine Stellen im Stellenplan gäbe, die bewusst für einen längeren Zeitraum freigehalten werden. Eine gewisse Flexibilität werde über die Poolstellen sichergestellt. Die Zahl der Stellen solle verringert werden, aber es gäbe immer mindestens 50 Stellen, die sich im Besetzungsverfahren befinden.

Herr Schäfer erklärt, dass dies im Stellenplan 2020 bereits berücksichtigt wurde und von den derzeit 100 vakanten Stellen ausgehe.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussvorschlag:

1. Vom Finanzzwischenbericht wird Kenntnis genommen.
2. Den unter Abschnitt 2.4 c) aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

3. Den unter 2.4 a) - b) sowie 2.4 d) - g) aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.
4. Der Umwidmung von 533.700 Euro aus der Zuweisung für Instandhaltungsmaßnahmen bei der Klinik in Winnenden, für die Fehlbetragsabdeckung 2018 und für Zinsaufwendungen zum laufenden Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

§ 3

Übernahme der Schülerzusatzversicherung

Drucksache 2019/135

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Rems-Murr-Kreis schließt ab dem Schuljahr 2019/2020 die Schülerzusatzversicherung für alle Schülerinnen und Schüler in Schulen seiner Trägerschaft mit der WGV ab.

Auszüge:

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

§ 4

Festlegung der Gebäudesanierungen im Jahr 2020, sowie energetische Sanierungsmaßnahme Drucksache 2019/132

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Frau Lorenzen, Prokuristin der RMIM, erläutert die Drucksache 2019/132 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel betont, da die Fassadenneugestaltung des Beruflichen Schulzentrums in Waiblingen einen wesentlichen Eingriff in das äußere Erscheinungsbild der Gebäude bedeute sei ihm wichtig, dass der VSKA die Maßnahme mitentscheide.

Kreisrat Härtner bittet um Auskunft, welche Energieeinsparungen bei den Lüftungsanlagen erwartet würden. Zudem wolle er wissen, aus welchem Grund der Glasfaseranschluss für das Berufliche Schulzentrum in Backnang noch nicht realisiert worden sei. Ferner interessiere ihn, was nach dem Ausfall der thermischen Solaranlage beim Kreisschullandheim Mönchhof geplant sei.

Kreisrat Kelemen erklärt, die SPD-Fraktion begrüße die geplanten Sanierungsmaßnahmen und die Verbesserungen der IT-Infrastruktur. Wichtig sei, dass der Bestand in jedem Jahr verbessert und ertüchtigt werde. Er bitte nochmals um Erläuterung der Finanzierung der Fassadensanierung in Waiblingen bzw. der Fördergelder.

Kreisrat Sczuka bittet bei der weiteren Vorstellung der Fassadensanierung hinsichtlich der Baukosten um eine Aussage, ob z.B. Norm-Maße verwendet würden und ob das Urheberrecht vom ursprünglichen Architekten beansprucht werden könne. Wenn von den 4,91 Mio. Euro, 2,61 Mio. Euro für die energetische Sanierung verwendet würden, bitte er um Auskunft, ob die Differenz für den Abbau des Sanierungsrückstaus geplant seien.

Kreisrat Lenk erklärt, auch seine Fraktion halte es für richtig, den Schwerpunkt auf energetische

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

Sanierungen und den Ausbau der IT-Infrastruktur zu richten. Ihn interessiere, wie viele Fassaden in den Schulzentren bereits saniert seien. In Waiblingen könnte die Maßnahme auch dazu genutzt werden, um zusätzliche Räumlichkeiten zu gewinnen. Er wolle zudem wissen, wie der Zeitplan für die Maßnahme angedacht sei und wann über die gestalterische Ausführung entschieden werden soll.

Landrat Dr. Sigel antwortet zu den vorstehenden Redebeiträgen, die Mehrkosten für die Gestaltung würden lediglich bei rund 40.000 Euro liegen. Über die eine neue Außenansicht solle das Gremium aber mitentscheiden.

Frau Lorenzen antwortet ergänzend, die Einsparungen durch die Lüftungssanierung müsse erhoben und nachgereicht werden. Beim Schullandheim werde geprüft, welche Heiztechnik künftig verwendet werde. Bei der Fassadensanierung würden 50 % gefördert bei Gesamtkosten von 4,9 Mio. Euro. Das Urheberrecht des Ursprungsarchitekten sehe man durch die Fassadensanierung als nicht betroffen. Die Umsetzung im Verwaltungsbereich sei in den Jahren 2020 – 2022 vorgesehen. Für den Abbau des Sanierungsrückstaus seien 3,1 Mio. Euro vorgesehen.

Geschäftsführer Braune ergänzt, dass 30 – 40 Prozent der Fassaden saniert seien. Man habe für diese Bereiche auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinterlegt, die sich bei einer Änderung der CO₂-Bepreisung verändern würde und die dann aktualisiert werden müsse.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

1. Den vorgeschlagenen Maßnahmen zum Abbau des Sanierungsrückstaus und den sonstigen Baumaßnahmen als Teil des Wirtschaftsplans der Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH (RMIM) wird zugestimmt.
2. Die RMIM wird von der Verwaltung ermächtigt, nach Zustimmung durch den VSKA die Maßnahmen bereits vor der Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium zu beplanen und soweit vorzubereiten, dass mit Genehmigung des Haushaltes die entsprechenden Grundlagen zu einer Umsetzung im folgenden Jahr geschaffen werden können.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 RMIM

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

§ 5

Beantwortung von Anträgen der Fraktionen und Zählergemeinschaften

§ 5.1

Beantwortung von Anträgen der Fraktionen und Zählergemeinschaften

Bericht zum Stand der digitalen und maschinentechnischen Ausstattung an den Berufsschulen und Auswirkungen auf die nächsten Haushaltsjahre / Haushaltsantrag der CDU-Fraktion

Drucksache 2019/059

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Schulamtsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

§ 5.2

Immobilien- und Energiebericht 2018 mit Stellungnahme zu den Haushaltsanträgen FDP/FW-Fraktion bzw. Bündnis 90/Die Grünen „Erhöhung des Betrags für energetische Sanierungen um 1 Mio. Euro“ bzw. „Kreisgesellschaften müssen die zulässigen CO₂-Emissionen 50 % unter den Werten die sich für Referenzgebäude entsprechend der EnEV 2018 ergeben, liegen.“

Drucksache 2019/050

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Braune erläutert die Drucksache und berichtet, dass die CO₂-Emissionen bei den Kreisliegenschaften um 40 % gesenkt werden konnten. Derzeit würden Photovoltaik-Anlagen bei den Schulen weiter nachgerüstet. Bezüglich des Antrags der FDP-FW-Fraktion auf Erhöhung des Betrags für energetische Sanierungen sei anzumerken, dass zunächst die vorhandenen Haushaltsreste wegen der früheren Priorisierung der Flüchtlingsunterbringung abgearbeitet werden mussten. Nachdem dies in diesem Jahr erledigt werde, sei eine Umsetzung ab 2020 vorstellbar. Der Antrag von Bündnis 90/Grüne zur CO₂-Reduzierung werde grundsätzlich begrüßt und im Durchschnitt über alle Gebäude sei der Wert erreichbar. Die Energieeinsparverordnung habe aber unsinnige Dämmstärken gebracht. Künftig gehe es darum, ein Gebäude als Ganzes zu betrachten.

Kreisrat Härtner anerkennt die Bemühungen der letzten Jahre. Auch er befürworte eine generelle Bilanzierung und Vergleiche anstellen zu können. Es habe sich inzwischen gezeigt, dass auch mit weniger Aufwand und vor allem mit sinnvollen Maßnahmen eine hohe Einsparung erreicht werden könne. Er kritisiert, dass am Beruflichen Schulzentrum in Schorndorf nur zwei Brennkessel eingebaut worden seien, was nicht innovativ gewesen sei.

Geschäftsführer Braune weist darauf hin, dass in Abstimmung mit Landrat Dr. Sigel angestrebt werde, die Verwaltungsgebäude CO₂-neutral zu betreiben. In Schorndorf werde strategisch eine quartiersweise Lösung als Energiepartnerschaft mit der Stadt angestrebt.

Landrat Dr. Sigel verweist darauf, dass am heutigen Abend die Bürgervorstellung für die LRA-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Erweiterung mit Herrn Prof. Sobeck als Mitglied der Auswahlkommission stattfindet, die Thematik auch im Fokus stehe z.B. durch die geplante Holz-Hybrid-Bauweise. Er erinnert auch daran, dass beim Schullandheim Mönchhof zunächst Maßnahmen in Höhe von 1 Mio. Euro vorgesehen waren und mit 100.000 Euro der gleiche Effekt erreicht werden konnte.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Immobilien- und Energiebericht für das Jahr 2018 über die kreiseigenen Liegenschaften Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 RMIM

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

§ 5.3

Stellungnahme zu den Haushaltsanträgen der SPD-Fraktion bzw. der FDP/FW-Fraktion „Ausstattung aller Einrichtungen des Landratsamtes mit Trinkwasserspendern“ bzw. „Aufstellung von Trinkbrunnen in kreiseigenen Gebäuden einschließlich Schulen“

Drucksache 2019/049

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

§ 6

Gesellschafterdarlehen für den sozialen Mietwohnungsbau an die Kreisbaugesellschaft

Waiblingen mbH

Drucksache 2019/110

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und legt hierzu dar, der mit der Kreisbaugruppe am 23.09.2019 veranstaltete Wohnbaugipfel sei sehr erfolgreich verlaufen. Mit den Kreisgremien sollen die strategischen Ziele bei dieser Thematik festgelegt werden. Dabei sollen 500 bezahlbare Wohnungen erstellt werden. Hierzu sei es erforderlich, die nächste Tranche des Gesellschafterdarlehens abzurufen.

Kreisrätin Wilhelm erklärt, der Wohnungsbaugipfel sei eine hervorragende Veranstaltung und ein wichtiger Impuls gewesen, auch wenn sie eine stärkere Teilnahme aus den Gemeinderäten gewünscht hätte.

Kreisrat Hestler kündigt an zuzustimmen, er stelle sich jedoch die Frage, warum nicht noch mehr unternommen werde. Er bitte um Auskunft, ob dies an fehlenden Mitteln oder Personalressourcen bei der Kreisbau liege, oder an der strategischen Ausrichtung. Auf private Investoren zu hoffen, halte er für ist trügerisch. Dies sehe er eher bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und für kleinere Gemeinden in der Verantwortung der Kreisbau, auch hinsichtlich ihrer ursprünglichen Ausrichtung

Landrat Dr. Sigel entgegnet, auch wenn 500.000 Euro im Verhältnis zum Haushaltsvolumen relativ gering erscheinen würden, investiere man als einziger Landkreis in diesem Bereich. Ziel der Strategie sei auch, als Hauptgesellschafter keine Gewinnausschüttung mehr vorzunehmen und diese bei der Kreisbaugesellschaft zu belassen. Außerdem übernehme man Darlehen und auch bei den Gesundheitszentren würden jährliche sechsstelligen Beträge ausgeglichen. Es müsse jedoch beachtet werden, dass es sich hier um keine originäre Aufgabe des Kreises handele und man sich überproportional einbringe. Letztlich sei es eine politische Entscheidung, aber es müssten auch die anderen Aufgaben z.B. bei den Schulen, für die digitale Infrastruktur und beim ÖPNV gesehen werden.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

Finanzdezernent Schäfer berichtet ergänzend, es gehe nicht nur um die 500.000 Euro, sondern er bitte auch die übrigen Einlagen wie Gesellschafterdarlehen in Höhe von 10,3 Mio. Euro oder Bürgschaften in Höhe von über 28 Mio. Euro zu beachten. Insgesamt stünden so über 50 Mio. Euro in der Kreisbaugruppe für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Geschäftsführer Braune weist darauf hin, dass bis zum Jahr 2022 140 Mio. Euro investiert würden. Im Jahr 2019 seien es 22 Mio. Euro, 2020 und 2021 jeweils 50 Mio. sowie 2022 nochmals 10 Mio. Euro. Außerdem würden noch weitere Vorhaben hinzukommen. In diesem Jahr bekomme man vom Kreis 1,5 Mio. Euro an Mezzanine Kapital und in den Folgejahren weitere 0,5 Mio. Euro hinzu. Er hebt hervor, dass der Rems-Murr-Kreis sich wohl bundesweit als einziger Kreis so stark im sozialen Wohnungsbau engagiere. Er bitte auch zu beachten, dass der Kreis für die Parkierung auf dem ehemaligen Klinik-Areal in Backnang 2 Mio. Euro zur Verfügung stellen müsse. Um das vom Kreis zur Verfügung gestellte Eigenkapital zu generieren bedürfe es alle Anstrengungen der Kreisbau. Geschäftsführer Braune stellt klar, dass die zwar Versicherungen als Investoren mangels Renditeerwartungen ausgeblieben seien, aber es werde Partnerschaften mit gemeinnützigen Wohnbauunternehmen aus dem Raum Stuttgart geben, da diese in der Landeshauptstadt Stuttgart nur noch eingeschränkt aktiv sein könnten. 5.000 Wohnungen in 10 Jahren seien jedoch in eigener Regie nicht möglich, da dies Investitionen in Höhe von 1 Mrd. erfordere, was nur mit Partnern möglich sei. Außerdem werde geprüft, ob sich Kleinanleger einbringen könnten.

Kreisrat Throm ist der Auffassung, dass 500 Wohnungen in einem schlechten Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs stehen würden und zudem sehr teuer seien. Der soziale Wohnungsbau sei zwar grundsätzlich richtig, aber keine originäre Kreis Aufgabe. Die Risiken seien jedoch erheblich und würden beim Kreis liegen sowie die Verbindlichkeiten dessen Leistungsfähigkeit überschreiten. Deshalb könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Geschäftsführer Braune erwidert, man wolle eine Eigenkapitalquote von 20 % halten und das Risiko liege beim Kreis, es würden jedoch auch Werte geschaffen und diese würden im bezahlbaren, wettbewerbsfähigen Bereich liegen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel weist ergänzend darauf hin, dass auch ein Risikocontrolling beim Beteiligungsmanagement aufgebaut worden sei, um eine entsprechende Steuerung zu ermöglichen.

Kreisrat Friedrich bedankt sich für das Engagement der Kreisbau. So sei es in Berglen gelungen mit ihr und örtlichen Handwerkern Wohnungen zu schaffen. Auch beim kürzlichen Wohnbaugipfel sei unterstrichen worden, wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen sei. Deshalb sei jede Maßnahme gut und sinnvoll.

Kreisrat Mößner erklärt, vor allem auch im ländlichen Raum, wo es weniger private Investoren gebe, sei man froh, dass sich die Kreisbaugesellschaft im leistbaren Rahmen einbringe.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt mehrheitlich, bei 2 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Rems-Murr-Kreis gewährt ein atypisches Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH in Höhe von 500.000 Euro. Die Konditionen für dieses Darlehen werden festgelegt mit einer dreiprozentigen nachschüssigen Verzinsung sowie der Endfälligkeit des Darlehens zum 31. Dezember 2029. Die zweckentsprechende Mittelverwendung wird dem Rems-Murr-Kreis spätestens ein Jahr nach Mittelabruf nachgewiesen.
2. Der Rems-Murr-Kreis gewährt ein atypisches Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH in Höhe von 1.000.000 Euro. Die Konditionen für dieses Darlehen werden festgelegt mit einer dreiprozentigen nachschüssigen Verzinsung sowie der Endfälligkeit des Darlehens zum 31. Dezember 2029. Die zweckentsprechende Mittelverwendung wird dem Rems-Murr-Kreis spätestens ein Jahr nach Mittelabruf nachgewiesen.
3. Nach diesem Zeitraum ist durch den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss erneut darüber zu entscheiden.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

1 Kreisbaugesellschaft

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

§ 7

Erteilung von Weisungen an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH bezüglich der Umnutzung von Gebäuden Drucksache 2019/148

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2019/148 und erläutert diese. Er führt aus, im Zusammenhang mit dem Abbaukonzept müsse formal nochmals nachgearbeitet werden. Man habe damals für diese Immobilien Mietverträge abgeschlossen mit der Kreisbaugruppe und mangels Kenntnis der richtigen Miethöhe, diese nach bestem Wissen und Gewissen festgelegt. Im Rahmen der Spitzabrechnung seien nun Einwände seitens des Landes gekommen, wonach die Mieten zu hoch kalkuliert gewesen seien. Deshalb müssten diese nun nach unten korrigiert werden, sodass diese Kosten geltend gemacht werden könnten. Dies könne problemlos erfolgen, zumal sich weder der Kreis noch die Kreisbau am Land „verdienen“ und nur die Ausgaben erstattet bekommen wolle. Hierzu benötige man formale Gesellschafterweisungen für 3 Objekte bei denen die Mieten im Nachgang angepasst werden müssten, die dann in der Gesellschafterversammlung zu beschließen seien.

Kreisrat Throm bittet um Auskunft, was dies betriebswirtschaftlich für die Kreisbau bedeute, wenn die Mieten im Nachgang gedeckelt würden.

Geschäftsführer Braune antwortet, bei den Unterkünften in Weissach im Tal und Althütte sei man von einer Nutzungsdauer von 5 Jahre ausgegangen. Diese habe sich nun verlängert, sodass wie beim normalen Wohnungsbau abgeschrieben werden könne. Betriebswirtschaftlich müsse aber eine entsprechende Anpassung erfolgen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Empfehlung an den Kreistag:

Der Kreistag ermächtigt den Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH und gegenüber der Geschäftsführung zu allen Erklärungen und Maßnahmen, um die Mietverträge zwischen dem Rems-Murr-Kreis und der Kreisbaugruppe für die Objekte in Weissach im Tal, Welzheimer Straße 41, Althütte, Daimler-straße 53 und Winnenden, Friedrich-Jakob-Heim-Straße 1 – 11 entsprechend der Vorgaben des Regierungspräsidiums zur Spitzabrechnung anzupassen und für die Objekte in Althütte und Weissach im Tal entsprechend rückabzuwickeln.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
1 Kreisbaugesellschaft

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

§ 8

Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH und der Unternehmen der Kreisbaugruppe zur Wahl sachverständiger Dritter in den jeweiligen Aufsichtsrat
Drucksache 2019/118/2

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und führt aus, neben der bereits erfolgten Besetzung der Aufsichtsräte aus dem Kreistag, seien noch externe Fachleute für die jeweiligen Kreisunternehmen zu berufen. Für die Rems-Murr-Kliniken seien dies Herr Prof. Dr. Cyran als medizinischer Experte und Frau Professorin Dr. Dölker als Wirtschaftsprüferin und Rechtsanwältin, die auch einen entsprechenden Steuerrechtslehrstuhl innehat für die wirtschaftliche Expertise. Bei der Kreisbaugesellschaft seien die Mitgeschafter von Seiten der Banken und neu der Kreisdiakonieverband sowie ein Sitz für die Städte und Gemeinden benannt worden. Für die RMGV sollen zudem je ein Vertreter der Ärzteschaft aus dem Raum Waiblingen und Backnang berufen werden.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Kreistag beschließt die nachstehenden Weisungen zur Wahl der externen Sachverständigen Aufsichtsratsmitglieder, nach denen sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH, der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH, der RMIM, der Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH, sowie der der RMGV, Rems-Murr-Gesundheits-Verwaltungs GmbH zu richten hat.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

§ 9

Änderungen in der Besetzung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Waiblingen und des Jugendhilfeausschusses

Drucksache 2019/149

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Kreistag bestellt Herrn Heinz Franke als Stellvertretendes Mitglied von außerhalb des Kreistags für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Waiblingen, als Nachfolger von Herrn Rudi Oetinger.
2. Der Jugendhilfeausschuss wird mit Frau Dekanin Dr. Juliane Baur als stellvertretendes beratendes Mitglied (Stellvertretung für Herrn Pfarrer Reimar Krauß) neu gebildet.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

§ 10

Spendenbericht

Drucksache 2019/147

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden und Zuwendungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

§ 11

Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel berichtet, dass der Architektenwettbewerb für den „Neubau Verwaltungsgebäude am Alten Postplatz 10“ mit der Sitzung des Preisgerichts am 19.09.2019 abgeschlossen wurde. Die Modelle der Siegerentwürfe seien im Foyer des Kreishauses ausgestellt, wobei sich das Preisgericht einstimmig für einen Entwurf ausgesprochen habe. Die Entwürfe würden am heutigen Abend vom Vorsitzenden, Herrn Professor Aldinger, interessierten Bürgern und der Nachbarschaft erläutert. Es bestehe auch die Möglichkeit, Anregungen abzugeben. Nach dem abschließenden Vorschlag der Bewertungskommission, habe der Kreistag in der Sitzung am 16.12.2019 hierüber zu entscheiden.
2. Erster Landesbeamter Dr. Zaar berichtet über die Ursachen des Wasserschadens durch Starkregen in der Cafeteria im Landratsamtsgebäude am Alten Postplatz in Waiblingen während der Sommerferien.
3. Landrat Dr. Sigel entgegnet auf die Frage von Kreisrat Härtner, dass die unter Top 4 gezeigten Pläne für die Fassadensanierung des Beruflichen Schulzentrums in Waiblingen, nur als Muster gedacht gewesen seien und die konkrete Planungen wie üblich mit den Schulleitungen abgestimmt würden.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert